

**WIRTSCHAFT & POLITIK**



**Gefürchtete Längen**  
Nach der Wahl droht Stillstand bei diversen wichtigen Vorhaben..... **3**

**UNTERNEHMEN & MÄRKTE**



**Prämierte Unternehmen**  
Der Stadtwerke Award in Gold geht in diesem Jahr nach Emden ..... **14**

**TECHNIK & BETRIEB**



**Geglückter Schwarzstart**  
Netzbetreibern in Schwerin und im Allgäu gelingt der Inselbetrieb..... **17**

**KÖPFE UND NACHRICHTEN**

## Digitales Vorbild für die Europäische Union

Der estnische Premierminister bringt frischen Wind als Vorsitzender des Europäischen Rates



Jüri Ratas

»Daten sind die Kohle und der Stahl dieses Jahrhunderts«, sagte Estlands Premierminister Jüri Ratas unlängst. Der wendige Politiker bereitete als Vorsitzender des Europäischen Rates den Weg zum ersten EU-Digital-Gipfel in der Hauptstadt Tallinn. Die kleine Ostseerepublik ist Vorreiter im E-Government. Wer die Vision eines digitalen Wegbereiters verfolge, brauche zuerst schnelle digitale Infrastruktur und passende, moderne Gesetze, unterstreicht Ratas. Seit November 2016 ist er Ministerpräsident.

Zuvor war er neben seiner politischen Laufbahn zwei Jahre Präsident des estnischen Basketballverbandes. In seiner Zeit als Oberbürgermeister von Tallinn zwischen 2002 und 2007 initiierte er die EU-Aktion Umwelthauptstadt Europas mit (Seite 5).

## Der Wechsel ist Realität

**KONZESSIONEN** Im Süden ergibt jede zweite Stromnetz-Ausschreibung einen neuen Betreiber. Dies ist ein Ergebnis der umfassendsten Studie zum Thema. Diese liegt der ZfK exklusiv vor

Von JÜRGEN WALK, München

Der Wettbewerb um Strom- und Gasnetze ist in den vergangenen Jahren in Gang gekommen – allerdings mit regionalen Unterschieden. Seit Veröffentlichung des ersten Leitfadens von Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt zur Vergabe von Strom- und Gaskonzessionen Ende 2010 und der kurz darauf folgenden Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes 2011 wurden zahlreiche Wegrechte verlängert oder neu vergeben. In diesen sechs Jahren schrieben knapp 20 Prozent der Gemeinden ihr Stromnetz neu aus. Weil darunter aber viele dicht besiedelte Städte etwa in Nordrhein-Westfalen waren, entspricht dies 40 Prozent aller Bundesbürger. Ihr Gasnetz haben 17 Prozent der Gemeinden mit 33 Prozent aller Einwohner neu ausgeschrieben, ergibt eine Studie von Dr. Frank Siegmund und Werner Tappert. Basis sind alle in der Lutum+Tappert-Konzessionsdatenbank erfassten Ausschreibungen und Konzessionswechsel von 2011 bis 16.

In knapp einem Drittel der Gemeinden wechselte dabei der Netzeigentümer. Spitzenreiter waren Bayern und Baden-Württemberg: Jede zweite Ausschreibung führte zu einem neuen Stromnetzbetreiber. In Hessen waren es immerhin noch 40 Prozent. Beim Gas lag die Wechselquote ebenfalls bei einem knappen Drittel. Auch hier änderte sich in Baden-Württemberg bei jeder zweiten Ausschreibung der Konzessionär.

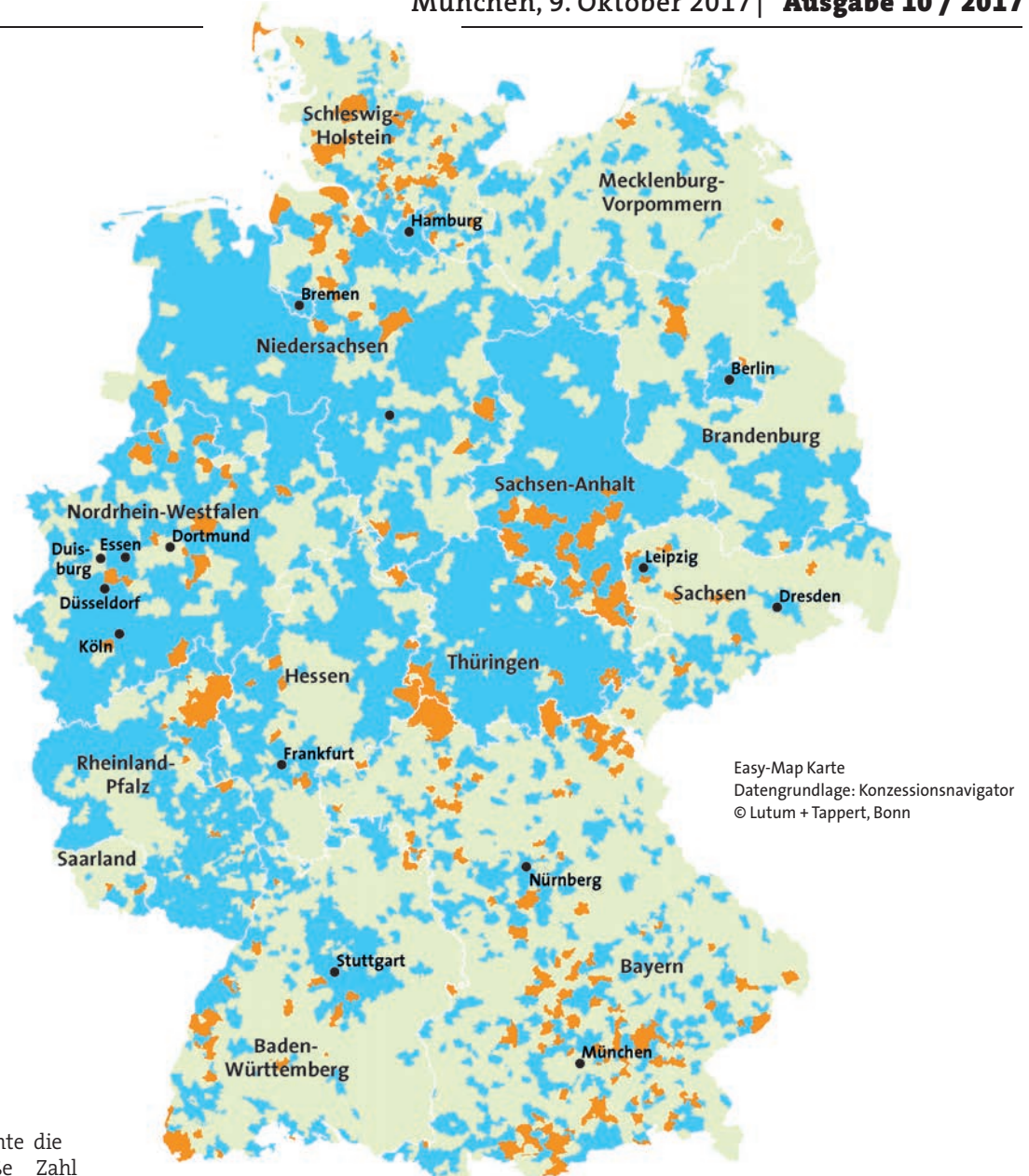
Wer in den kommenden Jahren auf der Suche nach neuen Netzen ist, wird sich beispielsweise in Nordrhein-Westfalen noch gedulden müssen. Dort sind die Stromkonzessionen für 60 Prozent und Gaskonzessionen für 47 Prozent der Einwohner gerade erst vergeben worden – Perspektiven gibt es erst wieder ab 2030. Für Stromer nichts mehr zu holen ist in Thüringen und Sachsen-Anhalt. Die Musik spielt im Saarland, in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern, wo in den kommenden Jahren drei Viertel der Stromnetze ausgeschrieben werden. Beim Gas müssen in Thüringen zwei Drittel aller Gemeinden in den kommenden zwei Jahren ausschreiben. In Bayern und Baden-Württemberg laufen zwei Drittel aller Verträge in den kommenden zehn Jahren aus.

**Trend zur Rekommunalisierung** | Die Zahlen zeigen auch den deutlichen Trend zur Rekommunalisierung. Im Untersuchungszeitraum wurden Ausschreibungen für Stromnetze von rund 2200 Gemeinden mit 33 Mio. Einwohnern untersucht – davon entschieden sich 343 Gemeinden mit knapp 8,5 Mio. Einwohnern für eine Rekommunalisierung. Neben Hamburg war Baden-Württemberg ein Schwerpunkt, dicht gefolgt von Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Beim Gas liegen die Zahlen etwas niedriger, aber auch hier übernahmen Kommunen mit einer Einwohnerzahl von insgesamt vier Millionen über unterschiedliche Modelle die Mehrheit am Netz. Recht selten ihr Netz zurückgekauft haben die Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz. Ursache dafür

könnte die große Zahl an Kleinstgemeinden mit geringer Einwohnerzahl sein – ein Wettbewerb hält sich dort oft in Grenzen, weil der Aufwand für die Bewerbung in kleinen Gemeinden häufig in keinem Verhältnis zum Geschäftsvolumen steht. Starken Wettbewerb erwartet zukünftig dagegen in mittelgroßen Städten ab 10000 Einwohnern ohne ein eigenes Stadtwerk. »Durchaus möglich« sei nach der Rekommunalisierungswelle im Stromnetz eine Gegenbewegung zugunsten der Energiekonzerne und großen Stadtwerke – hier werde wichtig sein, wem die Kommunen das Meistern der Energiewende im Netz eher zutrauen.

Dazu müssten die Konzerne aber wohl in Vertrauensarbeit investieren, nachdem sie über Jahre mit Drohszenarien und einem Anwalts-Heer viel Porzellan bei rekommunalisierungswilligen Gemeinden zerschlagen hatten. Eine Gesetzesänderung im Februar sollte die Rechtsunsicherheiten bei Netzübernahmen – etwa beim Kaufpreis oder bei Rügen – vereinfachen. Doch sind die Verfahren tatsächlich einfacher, schneller und rechtssicherer geworden? Die Zahl der Streitfälle hat jedenfalls nicht abgenommen – im Gegenteil: »Die Verfahrensrügen sind häufiger geworden«, so Prof. Dominik Kupfer von der Kanzlei Wurster Weiß Kupfer (WZK). Das sei den neuen Regelungen zur Präklusion geschuldet. Wer Verfahrensfehler nicht rechtzeitig rügt, kann diese möglicherweise später nicht mehr geltend machen. Hierdurch entstehe ein vom Gesetzgeber gewollter Druck, Rügen frühzeitig zu erheben.

Auch die Kanzlei Becker Büttner Held (BBH) betont, dass die Zahl der Rügen zunimmt, wie man an der Fül-



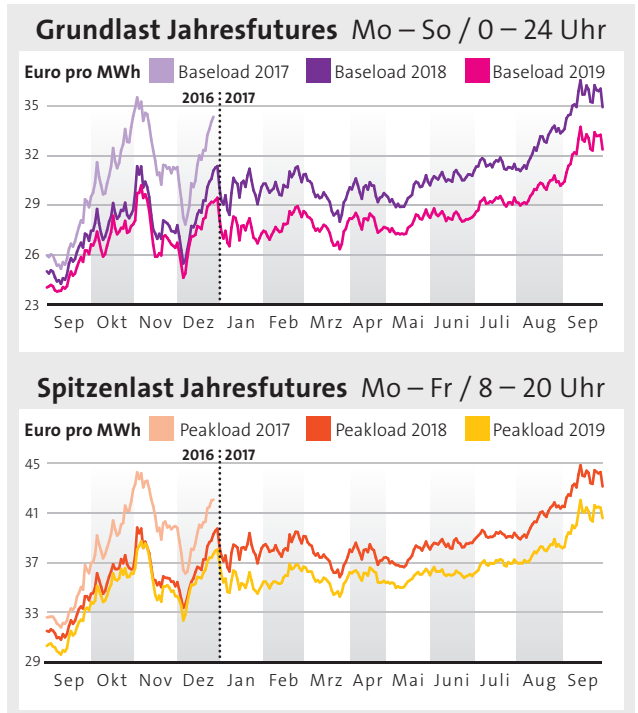
**ENDE DER LAUFZEIT DER STROMNETZ-KONZESSION**

- 2016 – 2019: 670 Gemeinden
- 2020 – 2030: 5620 Gemeinden
- Nach 2030: 4843 Gemeinden

le von erstinstanzlichen Entscheidungen im Eilrechtschutzverfahren vor den Zivilgerichten erkennen könne. Unbefriedigend hierbei sei jedoch, dass in diesen Verfahren vor den Zivilgerichten keine Klärung durch den Bundesgerichtshof möglich ist, so BBH-Partnerin Astrid Meyer-Hetling. Die Oberlandesgerichte seien hier jeweils das »Ende der Fahnenstange«. Das berge die Gefahr einer divergierenden Rechtsprechung je nach örtlicher Zuständigkeit des Gerichts. Eine Zuweisung zu den Vergabekammern hätte hier Abhilfe geschaffen. Eine Beschleunigung der Verfahren sei noch nicht erkennbar.

Statt mehr Tempo zu bringen, habe die neue Rechtslage die Probleme nur verändert, meint auch Kupfer. So werde an die Stelle des Streits über gewichtete Kriterien die Auseinandersetzung über die richtige Bewertung der Angebote treten. Die aktuellen Verfahren seien gar nicht so sehr durch den novellierten Rechtsrahmen bestimmt, sondern nach wie vor durch die unterschiedliche Rechtsprechung der Oberlandesgerichte. Das System der »abschnittsweise erforderlichen Rügen« verzögere die Verfahren im Ablauf, schaffe aber dann – nach einem zunächst längeren Verfahren – die Gewissheit, dass es bei diesem einen auch bleibt. »Die vollständige Wiederholung der Verfahren, die wir in der Vergangenheit nicht selten erlebt haben, ist nicht mehr erforderlich.«

**EEX-TERMINMARKT STROM**



**Jetzt geht's aufwärts:** Die Stromlieferung für 2018 hat sich an der Börse EEX rekordverdächtig verteuert. Alle ZfK-Monatsdurchschnitte, eine Analystenansicht, Spotmarkt und Gas: Seite 11.

**ZAHL DES MONATS**

# 165 000

**Megawatt betrug der Zubau an Ökostromleistung weltweit in 2016, berichtet die Internationale Energieagentur (IEA). Das ist ein Plus von acht Prozent gegenüber dem Vorjahr und umfasst nahezu zwei Drittel der neuen Stromerzeugung.**

**INHALT**

**3 Wirtschaft & Politik**  
Dezentrale Wärmekonzepte / Bundestagswahl / Verteilnetze  
EU-Digitalgipfel / Energieeffizienz / Landtagswahl Niedersachsen  
**Recht & Regulierung**..... **8**

**9 Unternehmen & Märkte**  
Elektromobilität / Smart Energy / Emissionshandel  
Stadtwerke Zeit / KWK-Ausschreibungen / Breitband  
Stadtwerke Award / MVV und EnBW / Compliance bei EWE  
**Panorama**..... **16**

**17 Technik & Betrieb**  
Vorberichte Gat und Wat / Nordstream 2 / Wasserrecht Thüringen  
Dienstleistungen / Mobilität / IT-Sicherheit / Smart Metering

**25 Beruf & Erfolg**  
**Stellenmarkt**..... **26**  
**Veranstaltungen**..... **30**  
**Impressum**..... **31**  
**Schlusspunkt**..... **32**

## Vattenfall speichert Energie mit Salz

– BERLIN – Zusammen mit dem schwedischen Unternehmen »SaltX Technology« will Vattenfall die aus Wind- und Solaranlagen produzierte Energie durch den Einsatz von Salz speichern. Dazu haben die Schweden eine Technologie entwickelt und patentieren lassen, mit der sich Salz zur Energiespeicherung vielfach reversibel nutzen lassen könne. Bei Laborprüfungen bewährte sich »EnerStore« laut Vattenfall bislang. Als nächstes soll das Verfahren im größeren Maßstab in einer Pilotanlage im Heizkraftwerk Reuter im Nordwesten Berlins getestet werden. Laut Markus Witt, der das Projekt bei Vattenfall betreut, sind noch Fragen offen, etwa wie große Mengen Salz in einem großen Behälter effizient zu trocknen sind. »Die in Salz gespeicherte Energie kann verlustfrei über Wochen oder Monate beibehalten werden, bis sie benötigt wird«, verdeutlicht Witt einen weiteren Vorteil.

## EU-Staaten für Nord Stream 2 zuständig

– BRÜSSEL – Ein neues Gutachten stärkt die Position der Betreiber der politisch stark umstrittenen Gas-Pipeline Nord Stream 2. Demnach darf die EU nicht anstelle ihrer Mitglieder über das Projekt verhandeln, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Die geplante Vereinbarung falle nicht in den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union, heißt es in einer Expertise des Juristischen Dienstes des Europäischen Rates. Die EU-Kommission hatte den Rat zuvor um ein Verhandlungsmandat ersucht. Aus Sicht der Brüsseler Behörde schadet die Pipeline dem Aufbau einer europäischen Energieunion. Eine aktuellen Studie von EWI Energy Research & Scenarios bescheinigt dem Vorhaben hingegen eine preisdämpfende Wirkung. Die Analyse wurde im Auftrag des Nord-Stream-Hauptigners Gazprom erstellt (Seite 18).

## München für GWA zertifiziert

– MÜNCHEN – Die Stadtwerke München (SWM) haben die Zertifizierung als Smart-Meter-Gateway-Administrator (GWA) bestanden. Diese umfasst die Bereitstellung von IT-Services und Durchführung von Geschäftsprozessen für die GWA gemäß BSI TR-03109-6 und der Certificate Policy der Smart Metering PKI. Die Münchener bieten anderen Messstellenbetreibern die GWA, das Meter-Data-Management (MDM) sowie eine eigenentwickelte Portallösung zur Visualisierung von Messwerten an. Die GWA- und MDM-Dienstleistung wird mit der IT-Lösung des Partners Bosch Software Innovations realisiert und ist jeweils als Software-as-a-Service oder Business-as-a-Service verfügbar. Abhängig von individuellen Kundenwünschen ist geplant, das Angebot bis hin zum Full Service des Messstellenbetriebs zu erweitern (Seite 23).

## Für Fahrverbote statt E-Auto-Quote

– MÜNCHEN – Die Elektromobilität soll sich in Deutschland entweder durch reines Marktgeschehen oder durch Fahrverbote für Dreckschleudern durchsetzen. Davon äußerten sich jeweils 36 Prozent der 390 Teilnehmer einer Umfrage auf www.zfk.de überzeugt. Weniger als jeder Vierte hält die eingeführten Kaufanreize für E-Autos für die geeignetste Maßnahme. Für eine elektromobile Quote voteten nur fünf Prozent.  
Derweil überschlugen sich die Vertriebsmeldungen zur E-Fahrzeug-Infrastruktur: EnBW startete eine fast flächendeckende Ladekarte, die Stadtwerkeoperationen Trianel und Smartlab (»Ladenez.de«) rücken näher, und die Stadtwerke Düsseldorf steigen bei Smartlab ein (Seite 9). Rheinenergie gründete mit elf anderen Kommunalversorgern das Ladeseulennetzwerk »TankE« (Seite 24).